

China contra USA – vom Lieferanten zum globalen Konkurrenten

Ungleichheiten in der Weltwirtschaft und die Hegemonie der USA

Der Konflikt zwischen den USA und China beruht auf dem Gegensatz zwischen unterschiedlichen Modellen kapitalistischer Akkumulation, also unterschiedlichen Prinzipien der Organisation und Wirkungsweise von Volkswirtschaften.

In den USA dominieren private Unternehmer und Anleger die Wirtschaft. Der Staat beschränkt sich auf minimale rechtliche Regelungen des Wettbewerbs, sorgt dort für die nötigste Infrastruktur, wo privates Gewinnstreben oder Wohltätigkeit nicht ausreichen und stellt vor allem einen gigantischen militärischen Apparat bereit, mit dem US-amerikanischen Unternehmerinteressen überall auf der Welt Geltung verschafft werden kann.

Nach dem Ende des kalten Krieges zwischen den USA und der Sowjetunion schien es für die US-Wirtschaft wesentlich leichter zu werden, mit Hilfe ihrer Staatsmacht die Weltwirtschaft nach ihren Bedürfnissen zu gestalten und zu dominieren. Hindernisse waren aber die Interessen der Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika, die wenig industrialisiert waren, die vorwiegend Rohstoffe und Agrarprodukte exportierten und von den Industrieprodukten der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder abhängig waren. Ihre einzige Chance, diese Abhängigkeit zu überwinden und die eigene Wirtschaft gemäß den Interessen ihrer Bürger weiter zu entwickeln, waren staatliche Interventionen in der Wirtschaft, eine strikte Kontrolle ausländischer Investitionen und die Stabilität der Landeswährung mit Hilfe eines staatlichen Bankensystems. Aufgrund ihrer ökonomischen Schwächen konnten aber viele Länder diesen Kurs nicht einschlagen oder weiter verfolgen. Sie wurden abhängig von Krediten der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, die beide den Interessen der US-Wirtschaft verpflichtet waren.

Folgerichtig waren die Kredite mit Bedingungen verknüpft, die in den betroffenen Ländern den Einfluss des Staates zurückdrängten (Kürzung der Staatsausgaben, Privatisierung von Staatsunternehmen, Aufhebung staatlicher Regulierungen), Erleichterungen von Investitionen ausländischer Unternehmen, Lohnkürzungen, Lockerungen beim Arbeitsschutz und Abwertung der einheimischen Währung. Diese Politik konnte in Lateinamerika und Afrika bis Anfang der 1990er Jahre komplett umgesetzt werden, in Ostasien und Südostasien aber noch nicht. Hier half die US-Regierung nach mit diplomatischem Druck und Drohungen mit Handelskrieg. Nach der Liberalisierung der Finanzmärkte in den betroffenen Ländern floss ausländisches Kapital dorthin, verlockte zu Investitionen in unproduktive Sektoren der Wirtschaft, erzeugte hohe Schulden in US-Dollars und führte letztlich zur Asienkrise von 1997. In den betroffenen Ländern von Südkorea bis Thailand kauften US-Firmen und internationale Anleger asiatische Unternehmen oder Unternehmensanteile zu günstigen Preisen auf.

Der Aufstieg Chinas

Die Volksrepublik China wurde nicht in die asiatische Wirtschaftskrise hineingezogen. Unter Deng Xiao-ping hatte die Regierung private Unternehmen zunächst nur bei Kleinproduzenten, im Handel und im Dienstleistungsbereich zugelassen; anfangs war die Beschäftigung von Lohnarbeitern stark eingeschränkt, aber nach und nach entfielen die Beschränkungen. Auf dem Land wurden die Volkskommunen aufgelöst; mit ihrem Vermögen wurden städtische und dörfliche Unternehmen gegründet. Diese Betriebe waren besonders in der Leichtindustrie, also hauptsächlich bei der Produktion von Konsumgütern erfolgreich. Die sich entwickelnde Marktwirtschaft wurde bei jedem Schritt durch die Gremien der Kommunistischen Partei kontrolliert, und diese lernten nach und nach, den Kapitalismus zu lenken. Die KP hielt den ausländischen Einfluss auf ihre Wirtschaft gering durch die Kontrolle der Währung und durch das staatliche Bankensystem; dabei half ihr auch die Größe des chinesischen Binnenmarkts. So blieb China von der 1997/1998 von der Asienkrise verschont und konnte daraus für seine Wirtschaftspolitik lernen.

Ausländisches Kapital wurde zunächst nur in Sonderwirtschaftszonen Chinas zugelassen, aber später im ganzen Land. Das Kapital kam zunächst über Hongkong ins Land und auch von Auslandschinesen, später kamen direkte Investitionen aus Taiwan, Südkorea, Japan, aus Europa und den USA dazu. Seit den 1990er Jahren ließen US-Unternehmen wegen der niedrigen Löhne immer mehr in China produzieren und bauten Arbeitsplätze in den USA ab. Auch andere Länder wie Mexiko, Thailand, Vietnam oder Indonesien verloren Aufträge von US-Unternehmen aufgrund der chinesischen Konkurrenz. Die im Export erwirtschafteten Devisen legte China vorwiegend in amerikanischen Staatsanleihen an. Das trug zur Ausweitung der Finanzwirtschaft in den USA bei und finanzierte indirekt den Import chinesischer Produkte.

Chinesische Unternehmen produzierten für High-Tech-Konzerne wie Samsung (Südkorea) oder Handelsunternehmen wie Walmart (USA). Diese behielten in den 1990er Jahren einen großen Teil der im Verkauf erzielten Profite für sich, während in den chinesischen Produktionsstätten nur ein kleinerer Teil des Gewinns verblieb. Diese untergeordnete Position innerhalb der internationalen Arbeitsteilung konnte die chinesische Ökonomie aber Schritt für Schritt verlassen. Aufgrund der staatlichen Investitionen in Ausbildung, Forschung und Entwicklung stieg auch in chinesischen Firmen die Fähigkeit, mit eigenen Produkten auf dem chinesischem Markt den ausländischen Firmen Konkurrenz zu machen. Eine Rolle spielte dabei auch der Transfer von Know-how durch ehemalige chinesische Mitarbeiter ausländischer Firmen, die einfach die Produkte ihrer Ex-Arbeitgeber kopierten. Auch beim Export stieg der Anteil von Hochtechnologie-Produkten wie Fernseher, Computer oder Smartphones. So wurde China von einem Zulieferer der US-Wirtschaft zu einem ernsthaften Konkurrenten auf dem Weltmarkt.

China im asiatischen Wirtschaftsraum

Nach der Asienkrise von 1997 erholten sich die Volkswirtschaften in Ost- und Südostasien wieder. Die Regierungen der betroffenen Länder bemühten sich um Maßnahmen, die eine Wiederholung der Krise verhindern sollten. Dabei spielte auch ASEAN, die Organisation südostasiatischer Staaten, eine wichtige Rolle. Vertreter der zehn Asean-Staaten (Thailand, Myanmar, Vietnam, Kambodscha, Laos, Singapur, Malaysia, Indonesien, Brunei und die Philippinen) trafen sich mit ihren Kollegen von Japan, Südkorea und der VR China im Jahr 2000 in Chiang Mai in Thailand. Sie vereinbarten Abkommen zur Stabilisierung ihrer Währungen, zum einen durch Währungsswaps, das sind bilaterale Abkommen zum Währungstausch. Zum anderen wurde aus den erwirtschafteten Devisen (z. B. US-Dollars) ein gemeinsamer Pool gebildet, aus dem Länder Geld erhalten konnten, um Auslandsschulden zu begleichen. So verringerte man die Gefahr, durch Spekulationen und Manipulationen auf den internationalen Finanzmärkten in Verschuldung und Krise getrieben zu werden.

China achtet sehr auf die Stabilität seiner Währung. Sie heißt Renminbi (wörtlich „Volkswährung“), die Einheit ist der Yuan. Er wird von der Chinesischen Volksbank herausgegeben, der Zentralbank der VR China, die dem Staatsrat, also der Regierung unterstellt ist. Die Zentralbank sorgt durch gezielte Devisenmarktinterventionen für ein Einhalten des vorgegebenen Wechselkurses mit nur geringen Schwankungen. Der Wert eines Yuan wird über einen Währungskorb bestimmt, in dem US-Dollar, Euro, Yen und andere asiatische Währungen vertreten sind. Außerdem kontrollieren Regierung und Zentralbank sehr strikt die Zuflüsse und Abflüsse ausländischen Kapitals.

Die USA und andere Länder haben oft geklagt, dass China den Kurs des Yuan zu niedrig ansetzt und damit im Export Vorteile genießt gegenüber anderen Volkswirtschaften. China will sich aber nicht unter Druck setzen lassen und trifft Entscheidungen beim Wechselkurs auf der Grundlage der eigenen Einschätzung der volkswirtschaftlichen Lage Chinas sowie der Situation seines Finanzmarkts. Da China über beträchtliche Dollarreserven in Form von US-Staatsanleihen verfügt, könnte es im Fall eines verschärften Handelskriegs diese auf den internationalen Finanzmärkten verkaufen und dadurch den Kurs des Dollars massiv absinken lassen. Dabei wäre der Schaden für die USA weit größer als für China.

China erhöht die Produktivität seiner Wirtschaft, unter anderem durch den Rahmenplan „Made in China 2025“, mit dem die chinesische Industrie neu strukturiert und international wettbewerbsfähiger gemacht werden soll. Schlüsselindustrien und Hochtechnologie werden staatlich gefördert (u. a. Computer-Chips, künstliche Intelligenz, Elektromobilität). Dadurch soll auch die Abhängigkeit von ausländischer Spitzentechnologie überwunden werden.

China hat die Wirtschaftsbeziehungen mit seinen Nachbarländern weiter ausgebaut. Im November 2020 unterzeichneten China, Japan, Südkorea, die zehn

ASEAN-Staaten sowie Australien und Neuseeland das Wirtschaftsabkommen RCEP (Regional Comprehensive Economic Partnership). Das Abkommen tritt in Kraft, wenn sechs ASEAN-Staaten und drei weitere Partner es ratifiziert haben. Dann betrifft es 2,2 Milliarden Menschen und rund 30 % der Weltproduktion und des Welthandels. Dadurch entsteht die größte Freihandelszone weltweit. Schon jetzt ist der innerasiatische Handel größer als der Handel Asiens mit dem Rest der Welt. Das Schwergewicht der Weltwirtschaft hat sich mittlerweile nach Asien und in den asiatisch-pazifischen Raum verlagert.

Mit dem Abkommen werden die Zölle deutlich reduziert, zunächst werden 65 % des Handels im RCEP-Raum zollfrei sein, nach 20 Jahren sollen es 92 % sein. Die Zollsenkungen betreffen vor allem Industrieprodukte, weniger Agrargüter. Die vereinbarten Standards bei geistigen Eigentumsrechten, Dienstleistungen, Investitionen und handelsbezogener Personenfreizügigkeit sind sehr niedrig angesetzt. Ausgeklammert bleiben Arbeitsschutz, Sozial- und Umweltstandards.

Zum ersten Mal sind China, Japan und Südkorea durch ein Handelsabkommen verbunden. Zwischen diesen Ländern werden die Zölle am stärksten gesenkt, besonders zwischen Japan und China. Dementsprechend werden die Unternehmen in diesen beiden Ländern die höchsten Einsparungen durch das RCEP-Abkommen verzeichnen können. China konnte durch den Abschluss des Abkommens auch den Bemühungen der USA, die VR China einzuhegen und zu isolieren, erfolgreich etwas entgegensetzen.

Chinas Beziehungen zu Europa

Chinas treibt Handel mit Europa vor allem über den Seeweg, aber der Transport über Land nimmt zu. Nach dem Vorbild der alten Seidenstraße zur Römerzeit werden mehrere Verbindungen ausgebaut, vor allem über Russland, Kasachstan und andere innerasiatische Länder. Diese neue Seidenstraße wird offiziell Belt and Road Initiative (BRI) genannt, sie soll also auch ein Gürtel der wirtschaftlichen Entwicklung sein. In welchem Maße die Länder dieses Gürtels davon profitieren und ob nicht überwiegend China der Nutznießer sein wird, das hängt von den jeweiligen Umständen ab und kann nicht pauschal beantwortet werden.

Die Transportwege von und nach China sind gut ausgebaut, und ihre Kapazität wird zunehmen. Schon jetzt fahren regelmäßig Güterzüge des Trans-Eurasia-Express von chinesischen Städten über Kasachstan, Russland, Weißrussland und Polen nach Hamburg oder zum Binnenhafen von Duisburg. Die maritime Seidenstraße, die von China über die Malakkastraße und den Suez-Kanal führt, erreicht Europa in den Häfen Piräus und Triest.

In Europa hat der Handel zwischen China und Deutschland das größte Volumen, dann folgt Russland bei Import und Export, vor allem beim Export von Öl und Gas. Allerdings hat der Handel von China mit asiatischen Ländern und mit den

USA einen größeren Umfang. Mit Russland verbindet China vor allem eine strategische Partnerschaft, die gegen die USA und die NATO gerichtet ist, besonders nach der Annexion der Krim 2014.

Russland ist Mitglied der von China gegründeten Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ). Ihr gehören China, Russland, Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan an und seit Juni 2017 auch Indien und Pakistan. Ziele der Organisation sind die Beilegung von Konflikten und die Förderung politischer, wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit. In den Jahren 2005, 2007 und 2009 fanden gemeinsame Militärmanöver statt, an denen hauptsächlich chinesische und russische Streitkräfte teilnahmen.

Für die deutsche Wirtschaft ist China als riesiger Absatzmarkt eine wichtige Stütze für Export und Wachstum. So exportierten deutsche Unternehmen im Jahr 2019 Waren für 96 Milliarden Euro nach China, dazu gehörten Luxuswaren, Fahrzeuge, Maschinen und Bier. Chinesische Unternehmen haben in Deutschland umfangreiche Investitionen getätigt in Form von Firmenkäufen und -beteiligungen, besonders in sogenannten Schlüsselbranchen. Von 2016 bis einschließlich 2018 hat China 155 deutsche Unternehmen gekauft und dafür 36,5 Milliarden Euro ausgegeben.

Ende 2020 einigten sich die EU und China auf ein umfassendes Investitionsabkommen (CAI, Comprehensive Agreement on Investment). Das Abkommen soll den Marktzugang europäischer Investoren deutlich verbessern und ihnen einen fairen Wettbewerb in China ermöglichen. Im Gegenzug wird der europäische Binnenmarkt auch in Zukunft für chinesische Investoren offen bleiben. China verzichtet auf Joint-Venture-Zwang, also die Beteiligung chinesischer an ausländischen Unternehmen. Es verspricht Transparenz bei Subventionen und erklärt seine Bereitschaft zur Einhaltung von Umwelt- und Arbeitsschutzstandards. Vor allem sollen die Patente ausländischer Unternehmen besser geschützt werden. Denn bis jetzt werden Patente europäischer Unternehmen im chinesischen Wirtschaftsraum oft nicht beachtet. Chinesische Firmen nutzen Erfindungen ausländischer Unternehmen, ohne Lizenzgebühren zu zahlen, und können dadurch größere Marktanteile erreichen, also durch unfairen Wettbewerb. Ein Opfer dieser Praktiken ist Airbus, das ein Montagewerk in China errichtet hatte und jetzt der Konkurrenz der chinesischen Firma COMAC ausgesetzt ist, das die Airbus-Technik genau kopiert hat, und zwar die Typen A 320 und A 330.

Deutschland und die Europäische Union im Ganzen haben ein ambivalentes Verhältnis zur VR China. Als Wirtschaftspartner wird sie geschätzt, aber wegen ihres undemokratischen politischen Systems wird sie kritisiert und als Bedrohung wahrgenommen. Dabei handelt es sich nicht nur um die staatliche Lenkung der Tätigkeit der Unternehmer, sondern um eine umfassende Kontrolle der Bevölkerung durch die Organe der Kommunistischen Partei. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, unabhängige Gerichte und unabhängige Gewerkschaften gibt es in

der VR China nicht. Kritik an China gibt es auch wegen der Unterdrückung der Uiguren und Tibeter sowie der Demokratie-Bewegung in Hongkong und wegen der Bedrohung der staatlichen Existenz Taiwans.

Manche Wirtschaftsvertreter und Politiker wollen Behinderungen im Handel vermeiden und bemühen sich, Kritik an Chinas Regierung zu verhindern oder abzuschwächen. Zur China-Lobby gehört z.B. der Ex-Kanzler Gerhard Schröder, andere Politiker dieser Art finden sich in der deutsch-chinesischen Parlamentariergruppe im Bundestag und in der EU-China-Freundschaftsgruppe des Europaparlaments. Als China-Lobby bei den Unternehmen sind u. a. die Deutsch-Chinesische Wirtschaftsvereinigung und das Netzwerk China-Brücke zu nennen. Auch der deutsche Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) und vor allem die deutsche Autoindustrie kritisieren alles, was den Handel mit China stören könnte.

Zu Osteuropa hat die VR China eine besondere Beziehung. Seit 2012 finden jährlich Treffen des chinesischen Ministerpräsidenten mit den Regierungschefs mittel- und osteuropäischer Länder statt, um die geschäftlichen Beziehungen auszubauen und Investitionsmöglichkeiten für chinesische Unternehmen zu erschließen. Dies geschieht im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung, die kurzgefasst 17 + 1 genannt wird oder China-CEEC (für englisch Cooperation between China and Central and Eastern European Countries). Zu den 17 Ländern gehören neben Griechenland alle ehemaligen Ostblock-Staaten und die Nachfolgestaaten Jugoslawiens. Nach 1990 hatte dort westeuropäisches Kapital eine dominierende Stellung erlangt, vor allem von deutschen und französischen Unternehmen. Daher kann es ein Motiv der politischen Führer in diesen Ländern gewesen sein, diese Abhängigkeit durch Kooperation mit Chinas Regierung und chinesischen Unternehmen zu lockern.

Von China wurden umfangreiche Kredite und Investitionsfonds bereitgestellt. Beispiele für Infrastrukturprojekte sind die Donaubrücke bei Belgrad (2014 fertig), die Modernisierung der Bahnstrecke Belgrad – Budapest, Autobahnen in Montenegro und Nordmazedonien, Investitionen in die Energiesektoren von Rumänien und Serbien. China importiert u. a. Lebensmittel und hat einige Unternehmen aufgekauft, besonders bekannt ist die Übernahme des Hafens Piräus in Griechenland. Der Einfluss der VR Chinas in Osteuropa führte dazu, dass wiederholt osteuropäische Länder bei China-kritischen Stellungnahmen der EU ihre Zustimmung verweigerten, z. B. zur Menschenrechtslage in China.

Der Antagonismus USA-China

Ökonomische Aspekte

Chinesisches Kapital bedrohte seit den 2000er Jahren zunehmend die bisherige Dominanz der US-Wirtschaft auf dem Weltmarkt und besonders im asiatisch-pazifischen Raum. Der Abbau von Arbeitsplätzen in den USA, der früher als

Kehrseite der ökonomischen Dominanz in Kauf genommen worden war, wurde in den 2010er Jahren von US-Politikern als ernstes Problem wahrgenommen. Die Regierung Obama strebte den Abschluss von Freihandelsabkommen wie TTIP und TPP an, um diesen Trend zu stoppen und die US-Wirtschaft zu stärken. Die nachfolgende Regierung Trump setzte auf bilaterale Handelsabkommen und gegenüber China auf Strafzölle, die zeitweise rund 70 % der Importe aus China betrafen und auf Sanktionen gegen chinesische High-Tech-Unternehmen wie Huawei und ZTE (Schmalz S. 527).

In den USA gibt es jedoch eine Reihe von Unternehmen, die gute Geschäfte mit China machen und daher staatliche Maßnahmen gegen die VR China ablehnen. Zu dieser China-Lobby gehören Finanzgesellschaften wie Goldman Sachs, Morgan Stanley, Black Rock („Wallstreet“), IT-Firmen wie Apple und Google, aber auch zahlreiche Universitäten, die an Forschungsk Kooperationen mit China interessiert sind und auch gut an den Studiengebühren chinesischer Studenten verdienen. 2018 gab es in den USA mehr als 360.000 Studierende aus China (Hamilton S. 344).

Es zeichnet sich ab, dass die neue Biden-Regierung die unter Trump erlassenen Maßnahmen gegenüber China vorerst nicht aufheben wird, sich aber um mehr Abstimmung mit anderen westlichen Regierungen und den dahinter stehenden Wirtschaftsinteressen bemühen wird. Möglich ist auch ein Beitritt der USA zum Handelsabkommen CPTPP, das elf Anrainerstaaten des Pazifik abgeschlossen haben (Japan, Vietnam, Malaysia, Singapur, Brunei, Australien, Neuseeland, Chile, Peru, Mexiko und Kanada), nachdem das TPP-Abkommen wegen Trumps Rückzieher nicht zustande gekommen war.

Geopolitik und militärische Aspekte

Der Antagonismus zwischen den USA und China hat nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine geopolitische Seite. Die USA sind im 19. Jahrhundert tief in den pazifischen Raum eingedrungen mit der Annexion Hawaiis, der Philippinen und zahlreicher kleiner Inseln. Die US-Politik im 20. Jahrhundert war geprägt vom Krieg gegen Japan 1941-1945, von der Unterstützung Chiang Kaisheks gegen Maos Kommunisten im chinesischen Bürgerkrieg 1945-1949, vom Korea-Krieg 1950-1953 und vom Vietnamkrieg bis 1975. Damit waren auch Niederlagen und Rückzüge verbunden. Auf dem asiatischen Festland hat die USA nur noch in Südkorea Militär stationiert, hinzu kommen Truppen in Japan, auf den Philippinen und auf verschiedenen Pazifik-Inseln, die zu den USA gehören. Zusätzlich gibt es Verteidigungsabkommen mit Japan, Südkorea, den Philippinen, Thailand, Australien und Neuseeland. Die Ausgaben der USA für Militär und Rüstung sind immer noch Weltspitze, auf dem zweiten Platz steht jetzt China mit seinem Etat.

Zu **Taiwan** hatten die USA früher sehr enge Beziehungen. Nach der Gründung der VR China blieb Taiwan als Rest der alten Republik China mit den USA verbündet und hatte bis 1971 sogar einen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Die Vollversammlung der UNO nahm Ende 1971 die VR China als Mitglied auf, mit Sitz im

Sicherheitsrat. Taiwan hätte eine Chance auf eine weitere Mitgliedschaft gehabt, wenn es damals seinen Anspruch auf die alleinige Vertretung Chinas aufgegeben hätte, aber das lehnte der damalige Regierungschef Chiang Kaishek ab. In der Folgezeit hat die VR China ihre Präsenz in den UN-Organisationen immer mehr ausgebaut und benutzt sie auch dazu, Taiwan von der internationalen Bühne zu verdrängen.

Die USA erkannten 1979 die VR China an und mussten dafür die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan aufgeben. Daraufhin beschloss der US-Kongress im April 1979 den Taiwan Relations Act. Mit dem Gesetz wurden quasi-diplomatische Beziehungen durch die Eröffnung eines Kulturinstituts, des American Institute in Taiwan, aufrechterhalten. Weiterhin sicherten die USA zu, alle vor 1979 eingegangenen internationalen Verpflichtungen gegenüber Taiwan einzuhalten, mit Ausnahme des gegenseitigen Verteidigungsabkommens, das 1980 auslief. Mit dem Gesetz erklären die USA jegliche Maßnahme, die Zukunft Taiwans anders als durch friedliche Methoden zu bestimmen als Bedrohung für den westpazifischen Raum und als sehr besorgniserregend für die Vereinigten Staaten. Ferner erklären die USA damit, Taiwan mit Waffen defensiven Charakters zu versorgen und „die Fähigkeit der USA aufrechtzuerhalten, jedem Rückgriff auf Gewalt oder andere Arten von Nötigung zu widerstehen, der die Sicherheit, oder das soziale oder wirtschaftliche System, der Einwohner von Taiwan gefährden würde.“ Dies zwingt die Vereinigten Staaten jedoch nicht notwendigerweise dazu, auf einen Angriff der Volksrepublik China auf Taiwan militärisch zu reagieren.

Die KPCh und die chinesische Regierung erkennen die faktische Unabhängigkeit Taiwans nicht an und betrachten die Insel als eine abtrünnige Provinz, die sie mit dem Festland vereinigen wollen. Die Mehrheit der 23 Millionen Einwohner Taiwans möchte aber ihre Freiheiten und Rechte behalten und lehnt daher einen Beitritt zur VR China ab. Die VR China unterhält enge wirtschaftliche Beziehungen mit Unternehmen aus Taiwan, reagiert aber auf jede Äußerung oder Handlung Taiwans in Richtung offizieller Unabhängigkeit mit Drohungen und Sanktionen.

Im Jahr 2005 beschloss das Parlament der Volksrepublik China (Nationaler Volkskongress) ein „Anti-Abspaltungsgesetz“. Im Gesetz wird festgehalten, dass der Volkskongress auf „friedliche Weise die Wiedervereinigung des Vaterlandes“, also Festlandchinas mit Taiwan anstrebt. Den Bewohnern Taiwans wird für die Zeit nach der Vereinigung zugesagt, ein politisches System ausüben zu dürfen, das sich von jenem des Festlandes unterscheidet und auch ein „hohes Ausmaß an Autonomie“ umfasst. Während in Artikel 7 noch einmal festgehalten wird, dass eine „friedliche Wiedervereinigung durch Konsultationen und Verhandlungen auf gleichberechtigter Ebene“ angestrebt wird, hat Artikel 8 des Gesetzes die Drohung zum Inhalt, dass militärische Mittel zum Einsatz kommen können, sollte Taiwan weitere formelle Unabhängigkeitsbestrebungen unternehmen.

Nach der Amtsübernahme von Präsidentin Tsai Ing-wen im Jahr 2016 und ihrer Wiederwahl 2020 hat die VR China den Druck auf Taiwan erhöht, nachdem Tsai deutlich bei mehreren Gelegenheiten das Recht Taiwans auf politische Selbstbestimmung betont hatte. Ständig verletzen Kampfflugzeuge der VR China den Luftraum Taiwans, und jeden Tag leidet Taiwan millionenfach unter chinesischen Hackerangriffen. Angesichts der offensichtlichen Bedrohung Taiwans durch die VR China kann man die Präsenz amerikanischer Kriegsschiffe als Geste der Unterstützung Taiwans ansehen und als ein Signal dafür, dass die USA bei einem Angriff auf Taiwan nicht untätig sein werden.

Die VR China und ihre Nachbarn streiten um den Besitz mehrerer Inseln im westlichen Pazifik. Das sind zum einen die Paracel-Inseln zwischen Vietnam und der chinesischen Insel Hainan, die China schon in den 1970er Jahren besetzt hat ungeachtet der Proteste aus Vietnam und Taiwan. In den letzten Jahren ging der Streit vor allem um die weiter östlich gelegenen Spratly-Inseln zwischen Vietnam und den Philippinen. Mehrere dieser früher unbewohnten Inseln hat China besetzt und dort Stützpunkte für Marine und Luftwaffe errichtet. Aufgrund einer Klage der Philippinen hat 2016 das beim Ständigen Schiedshof in Den Haag angesiedelte Schiedsgericht drei dieser Inseln den Philippinen zugesprochen, aber China erkennt dieses Urteil nicht an.

Die US-Regierung befürchtet, dass die VR China durch die Militärbasen auf den Spratly-Inseln die Kontrolle über das gesamte Südchinesische Meer erhalten will. Deshalb wurden in den letzten Jahren mehrere Kriegsschiffe in die Gewässer um die betreffenden Inseln geschickt, einmal als politische Demonstration und zum anderen zu Spionagezwecken.

Die geopolitische Konfrontation zwischen den USA und China erstreckt sich auch auf Afrika und den Indischen Ozean. Auch hier ist die chinesische Marine präsent, z. B. im Hafen von Gwadar in Pakistan und mit einem eigenen Stützpunkt in Dschibuti am Horn von Afrika, wo die USA schon seit Jahren eine Militärbasis haben. Auf Sri Lanka, dem Inselstaat vor der Südküste Indiens hat die VR China ihre Präsenz in den letzten Jahren stetig erhöht. Indien, das schon wegen des Grenzverlauf im Himalaja Streit mit der VR China hat und ihre enge Zusammenarbeit mit Pakistan nicht gern sieht, nimmt Chinas verstärkte Präsenz im Indischen Ozean als Einkreisung wahr. In den letzten Jahren hat Indien öfter an Seemanövern teilgenommen, die die USA im Indischen und im Pazifischen Ozean zusammen mit Australien und Japan durchgeführt hat. Dafür steht auch der britische Marinestützpunkt Diego Garcia zur Verfügung, mitten im Indischen Ozean, und der ist an die USA verpachtet. Seit September gibt es offiziell eine Indopazifische Allianz von USA, Australien und Großbritannien, die einen politischen Rahmen für die militärische Zusammenarbeit darstellt.

Sri Lanka ist auch interessant als ein Beispiel für die wirtschaftlichen Beziehungen zur VR China. Die Chinesen haben dort vor allem in die Infrastruktur des Landes

investiert, u.a. haben chinesischen Firmen im Süden der Insel in Hambantota einen Tiefwasserhafen gebaut und in der Nähe einen internationalen Flughafen. Weil Sri Lanka stark verschuldet war und 2017 den fälligen Kredit nicht mehr bedienen konnte, hat es den neu gebauten Hafen für 99 Jahre an die chinesische Staatsfirma China Merchants Port Holdings verpachtet. Der neue Flughafen Mattala Rajapaksa hat nie genug Fracht und Fluggäste befördert, vor allem weil in der Umgebung das wirtschaftliche und infrastrukturelle Umfeld fehlte. Deshalb wurde er 2018 für den internationalen Luftverkehr geschlossen. Für die Fehlplanung ist vor allem die Regierung von Sri Lanka verantwortlich, aber auch für die Chinesen ist der Misserfolg keine gute Werbung.

Kultur- und Informationspolitik

Solche negativen Tatsachen können auch Chinas Image in der Welt beeinträchtigen. Denn die Pflege des Ansehens der VR China, auch mit Hilfe der Kultur, spielt eine wichtige Rolle in der globalen Konkurrenz mit den USA. Deshalb unternimmt die chinesische Regierung viel für die Vermittlung chinesischer Kultur im Ausland, z. B. durch die Konfuzius-Institute in den USA, in Deutschland und anderen westlichen Ländern. Auch die Ausrichtung internationaler Sportveranstaltungen wie die Olympiade 2008, die Tourneen chinesischer Musiker und die Eröffnung von Kunstgalerien sollen für China werben. Dabei achtet die chinesische Regierung darauf, dass ihre Bürger im Ausland nur Positives über China verbreiten. Der Künstler Ai Weiwei z. B. war nach regierungskritischen Äußerungen während der Proteste in China 2011 mehrere Monate inhaftiert worden und hatte bis 2015 Reiseverbot. In Deutschland ist er bekannt, auch weil er bis 2019 in Berlin lebte.

Die Kommunistische Partei hat die Medien in der VR China fest im Griff, auch das Internet wird streng zensiert. In den letzten Jahren geht die chinesische Regierung verstärkt gegen unliebsame Berichte im Ausland vor. Mit der Gewährung oder Ablehnung von Visen können ausländische Journalisten unter Druck gesetzt werden, das hat Journalisten aus Schweden, Australien und auch aus Deutschland getroffen. Zu den Tabuthemen gehören Menschenrechte, Opposition, Falun Gong, Taiwan, Hongkong, Tibet und Xinjiang bzw. die Uiguren. Die chinesische Regierung ist im Ausland sehr aktiv mit eigener Propaganda und bezahlt westliche Medien für die Veröffentlichung eigener Artikel oder Beilagen (Hamilton S. 260).

Die Einschränkung der Berichterstattung macht es schwer, ein vollständiges Bild der Zustände in der VR China zu erhalten, auch im Hinblick auf die Stärken und Schwächen Chinas in der Konkurrenz mit den USA. Denn die KPCh tut alles, um Probleme wie die drohende Überalterung der Bevölkerung, die zunehmende soziale Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen, große unterentwickelte ländliche Räume und eine massive Binnenmigration klein zu reden und systembedingte Schwächen wie die Korruption, große Fehlinvestitionen (z. B.

beim Wohnungsbau), ineffiziente staatliche Betriebe und eine enorme Steigerung der Staatsschulden zu vertuschen. Die nationalistische und zunehmend aggressive Rhetorik unter Xi Jinping und die forcierte Aufrüstung können der Regierung einerseits mehr Legitimation im Inland verschaffen, andererseits könnten sie die Nachbarn Chinas zu Gegenreaktionen veranlassen, zu Bündnissen gegen die VR China, notfalls auch an der Seite der USA.

Die neue US-Regierung unter Biden hat zwar die Zusammenarbeit mit der EU und anderen westlichen Staaten wieder auf den alten Stand vor Trump gebracht. Die Kooperation mit neuen Partnern in Asien und in Afrika entwickelt sich aber nur langsam. Durch eine bessere Zusammenarbeit mit neuen Partnern könnten die USA den weiteren Aufstieg Chinas bremsen; ihn rückgängig zu machen, dazu sind sie ohnehin nicht in der Lage.

Fazit aus linker Sicht – eine vorläufige Stellungnahme

Am Anfang des Vortrags stand die Darstellung einer Weltwirtschaftsordnung, die den Bedürfnissen der ärmeren Länder nicht gerecht wird und ihnen eine eigenständige Entwicklung unmöglich macht. Mit dem Aufstieg Chinas haben diese Länder eine Alternative zu Handelsbeziehungen mit den USA und Europa, die oft zu ihrem Nachteil gestaltet sind. Ob ein Land durch Kooperation und Wirtschaftsverträge mit der VR China aus dieser Lage herauskommt, das hängt ganz von den jeweiligen Umständen ab, z. B. ob eine Regierung die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung vertritt und dafür ökonomischen Sachverstand einsetzt oder ob sie nur für die Reichen und Mächtigen handelt. Als negatives Beispiel wurde Sri Lanka angeführt. China macht keine Geschenke; seine Unternehmen wollen Gewinne machen und ihre Arbeiter beschäftigen. Auf jeden Fall strebt China im bestehenden System der „internationalen Arbeitsteilung“ einen höheren Platz an. Belege für Aktivitäten in einem solidarischen Kampf für ein gerechteres Weltwirtschaftssystem gibt es nicht. Man kann also die Kooperation Chinas mit anderen Ländern, auch im Rahmen der neuen Seidenstraße, nicht generell als positiv ansehen. Auch eine generelle Ablehnung ist nicht zu begründen.

Die linke Globalisierungskritik hat nicht nur die internationale Arbeitsteilung in Frage gestellt, sondern auch den Anspruch der USA und ihrer Verbündeten, einen privilegierten Platz in der Weltordnung einzunehmen, auch mit Hilfe ihres militärischen Potentials. Mit dem Aufstieg Chinas wird es möglich, die globalen Machtverhältnisse neu zu bestimmen, hin zu einer Machtbalance zwischen den westlichen Ländern einerseits und China und Russland andererseits - und unter Berücksichtigung der vielen Staaten, die kein festes Bündnis mit einem dieser Blöcke eingehen. Die USA müssten auf ihren Anspruch verzichten, in Ostasien und im Pazifik als dominierende Ordnungsmacht ihre Interessen weiterhin auf Kosten anderer Staaten durchsetzen zu wollen. Statt dessen müssten sie mit diesen Staaten als gleichberechtigter Partner politische Abkommen schließen, die zu einer Sicherheitspartnerschaft für den gesamten pazifischen Raum führen. Ein wichtiger

Baustein wäre ein Friedensvertrag zwischen Südkorea und Nordkorea und der Abbau der Atomwaffen in Nordkorea. Dazu müsste auch die US-Regierung einen substantiellen Beitrag leisten, vor allem dadurch, dass sie der nordkoreanischen Regierung Sicherheitsgarantien gibt. Das heißt, dass die USA weder durch militärische Bedrohung noch durch wirtschaftliche Sanktionen die politische Stabilität Nordkoreas untergraben und nicht auf einen Regimewechsel in Nordkorea hin arbeiten.

Die VR China müsste sich verpflichten, eine staatliche Vereinigung mit Taiwan ausschließlich auf friedlichem Wege anzustreben und auf jegliche Drohung mit Gewalt oder wirtschaftlichem Druck zu verzichten. Wenn dies auch praktisch umgesetzt wird, hat die taiwanische Regierung die Möglichkeit, ohne äußeren Druck eine Volksabstimmung über eine Vereinigung mit der VR China durchzuführen oder eine Aufnahme in die UNO zu beantragen, als „Republik Taiwan“ und nicht mehr als „Republik China“. Auf jeden Fall muss die VR China Taiwan in irgendeiner Form diplomatisch als Staat anerkennen. Nur dann kann es in der Region um Taiwan einen dauerhaften Frieden geben, der der Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte die Legitimation entzieht. Ebenso könnte nach einer Entschärfung des Antagonismus zwischen den USA und China der Streit um die Inseln im Südchinesischen Meer viel besser durch Verhandlungen zwischen den Anliegerstaaten beigelegt werden. Natürlich ist dieses Szenario eines friedlichen Pazifik mit einem Abzug der US-Streitkräfte und einem Ende der chinesischen Aufrüstung sehr weit von der aktuellen Realität entfernt. Es könnte aber als Leitlinie dienen für Stellungnahmen und Forderungen von Linken – auch gegenüber der eigenen Regierung.

Aus der Erfahrung mit der bisherigen Politik der USA kann man jetzt schon sagen: Deutschland und die anderen EU-Staaten sollten keinesfalls im ostasiatisch-pazifischen Raum militärische Präsenz zeigen. Sie wären dort nur ein Anhängsel der US-Streitkräfte und vollständig von der Strategie der US-Regierung abhängig. Diese Strategie war und ist bestimmt einerseits vom Interesse der Machterhaltung und andererseits dem Anspruch, „westliche Werte“ überall auf der Welt zur Geltung zu bringen und damit westliche Hegemonie global durchzusetzen, also dem Interesse der Machterweiterung. In der Praxis führte das sowohl zu defensiven Aktionen als auch zu aggressiv-expansiven Kriegshandlungen, z. B. im Korea-Krieg von 1950-1953. Ähnliches ist vom aktuellen und zukünftigen Vorgehen der USA im westlichen Pazifik zu erwarten. Deshalb sollte sich Deutschland besser nicht daran beteiligen, wenn die USA im Umkreis der VR China ihre Macht demonstrieren.

Literatur / Internet-Recherche:

Walden Bello, De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung, VSA-Verlag Hamburg 2005.

David Harvey, Kleine Geschichte des Neoliberalismus, Rotpunktverlag Zürich 2007.

Jenny Simon, Am Rande des Imperiums. Chinas Staatskapitalismus zwischen Rivalität und Interdependenz in Wissenschaft und Frieden 2016-4: Weltordnungskonzepte, S. 23-25, (www.wissenschaft-und-frieden.de).

Stephan Schmalz, Krisentendenzen in der internationalen Arbeitsteilung. Gedanken zum Aufstieg Chinas im Anschluss an Marx, in Auf den Schultern von Karl Marx, Verlag Westfälisches Dampfboot Münster 2021, S. 521 – 532, (www.rosalux.de).

Jan Turowski, USA vs. China: internationale Politik als Nullsummenspiel? Zeitschrift LuXemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, August 2017 (www.rosalux.de).

Clive Hamilton, Mareike Ohlberg, Die lautlose Eroberung. Wie China westliche Demokratien unterwandert und die Welt neu ordnet, DVA München 2020.

Parag Khanna, Unsere asiatische Zukunft, Rowohlt, Berlin 2019.

Kai Strittmatter, Die Neuerfindung der Diktatur. Wie China den digitalen Überwachungsstaat aufbaut und uns damit herausfordert, München 2018.

Stephan Kaufmann, Ohne Rücksicht auf Verlust. Chinas Wachstumspolitik, Frankfurter Rundschau, 12.02.2021.

www.laender-analysen.de/russland/ Nr. 374, 01.10.2019, Russland-Analysen

www.deutschlandfunk.de

www.tagesschau.de

Wikipedia